



# Partnerschaftsarbeit gegen Zwangsverheiratungen im Vereinigten Königreich und im Ausland

Lancaster House Foreign & Commonwealth Office London

24. - 25. Oktober 2007

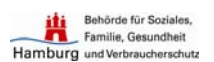
Kooperationspartner:



Women for Women's Human Rights -  
New Ways, Turkey



Netherlands centre  
for social development



## **Partnerschaftsarbeit gegen Zwangsverheiratungen im Vereinigten Königreich und im Ausland**

Lancaster House  
Foreign & Commonwealth Office  
London

24. - 25. Oktober 2007

### **TAGUNGSBERICHT**

#### **EINFÜHRUNG**

Im Juni 2007 richtete die Stadt Hamburg die erste Tagung einer Veranstaltungsreihe aus, die im Rahmen des Daphne-Projekts der Europäischen Kommission finanziert wird. Diese Veranstaltungsreihe zielt darauf ab, unter den Mitgliedsstaaten Informationen über "Best Practices" auszutauschen. Weitere Veranstaltungen sollten im Laufe der nächsten 18 Monate in den Niederlanden, in der Türkei, in Schweden und in Österreich stattfinden.

Drei Monate später lud das britische Außenministerium (Foreign and Commonwealth Office, FCO) die Partnerländer nach London ein, um über die Arbeit der Forced Marriage Unit (FMU), einer vom britischen Außen- und Innenministerium (Home Office) eingerichteten zentralen Stelle zur Bekämpfung von Zwangsverheiratungen, zu informieren. Mit der Arbeit der FMU ist das Vereinigte Königreich weltweit führend in der Bereitstellung einer umfassenden Hilfe für britische Opfer und potenzielle Opfer von Zwangsverheiratungen, sowohl im Vereinigten Königreich als auch im Ausland.

Ziel dieser Tagung war es, das Wissen der Teilnehmer über die Motive für Zwangsverheiratungen zu mehren und einige der Barrieren herauszuarbeiten, die ein wirkungsvolles Vorgehen gegen dieses Problem erschweren. Entscheidend für den Erfolg des britischen Ansatzes beim Vorgehen gegen Zwangsverheiratungen ist eine konsequente Partnerschaftsarbeit (Partnership Working). Dies war auch das vorherrschende Thema der Tagung.

Die Teilnehmer kamen aus allen Teilen Europas, um sich von britischen Polizeikräften, von der Strafverfolgungsbehörde (Crown Prosecution Service), von örtlichen Kinderschutz-Zentren (Local Safeguarding Children Boards) sowie von Vertretern aus allen Bereichen des ehrenamtlichen Sektors und von Mitgliedern des Britischen Hochkommissariats (British High Commission) in Islamabad informieren zu lassen. Außerdem schilderten männliche und weibliche Überlebende von Zwangsverheiratungen ihre Erfahrungen und gaben Anregungen für zukünftiges Handeln.

#### **PLENUMSVORTRÄGE**

Die vollständigen Referate können von [www.fco.gov.uk/FMUConference](http://www.fco.gov.uk/FMUConference) heruntergeladen werden.

##### **Peter Abbott - Forced Marriage Unit**

Peter Abbotts Referat konzentrierte sich auf die Schaffung der FMU und auf die wichtigsten Ergebnisse ihrer Arbeit. Er führte aus, dass Partnerschaftsarbeit ein entscheidender Faktor für ein wirkungsvolles Vorgehen gegen Zwangsverheiratungen ist. Eine Zusammenarbeit mit Fachleuten aus Behörden und aus dem ehrenamtlichen Sektor sei die einzige Möglichkeit, potenziellen Opfern und Überlebenden die Unterstützung zukommen zu lassen, die sie benötigen. Er forderte andere Länder auf, entschlossen gegen Zwangsverheiratungen vorzugehen und mahnte, dass „kulturelle Sensitivität“ nicht „als Entschuldigung für moralische Blindheit“ herhalten dürfe. Die Teilnehmer erfuhren, dass das Vereinigte Königreich der zuverlässigen Unterstützung durch die Regierung verdanke, dass so entschieden gegen Zwangsverheiratungen vorgegangen werden konnte.

##### **Aisha Gill - Newham Asian Women's Project**

Aisha Gill gab einen theoretischen Überblick über die Gründe für Zwangsverheiratungen. Sie betonte, dass es einer profunden Kenntnis des soziokulturellen Kontexts von Zwangsverheiratungen bedürfe, um die subtilen Unterschiede zwischen Zwang und Einwilligung erkennen zu können. Sie führte aus, dass es ein Kontinuum zwischen arrangierten Ehen und Zwangsverheiratungen gebe und dass die Methoden der Zwangsausübung so subtil sein können, dass es für Außenstehende sehr schwer zu sei, eine erzwungene Eheschließung zu erkennen. Regelmäßig werden unverrückbare kulturelle Codes vorgebracht, um das Verhalten von Personen zu kontrollieren, und diese seien oft schwer zu definieren. Die Teilnehmer erfuhren, dass es der Kenntnis und des Verständnisses für diese kulturellen Codes bedürfe, um umfassende und ausreichende Unterstützung für Opfer von Zwangsverheiratungen leisten zu können.

### **Jasvinder Sanghera - Karma Nirvana**

Jasvinder Sanghera schilderte ihre persönlichen Erfahrungen. Seit sie als junge Frau einer Zwangsheirat entkam, wird sie von ihrer Gemeinschaft und von ihrer Familie marginalisiert und führt ein Leben als Außenseiterin. Jasvinder Sanghera sprach auch über ihre Schwester, die ein Opfer häuslicher Gewalt war und Selbstmord beging. Jasvinder führte aus, dass die Selbstmordrate in der asiatischen Gemeinschaft zwei- bis dreimal höher sei und dass dies ihrer Meinung nach auf die Praxis der Zwangsverheiratung und auf den Ehrenkodex (Izzat) zurückzuführen sei. Die Teilnehmer erfuhren von der schwierigen Situation der Überlebenden und darüber, dass die Betroffenen oft unter extremer Isolation und Einsamkeit leiden, die zum Verlust des Selbstwertgefühls führen kann. Um dem zu begegnen, werde von Karma Nirvana und FMU ein Netzwerk eingerichtet, das Selbsthilfe- und Beratungsangebote für Überlebende eröffnen soll.

### **Diana Barton - Co-ordinated action Against Domestic Abuse**

Diana Barton sprach über die jüngsten Entwicklungen bei der Bekämpfung häuslicher Gewalt. Sie stellte die Multi-Agency Risk Assessment Conference (MARAC) vor. Dieses Werkzeug wurde entwickelt, um in Fällen häuslicher Gewalt das Risiko von Tötungen zu reduzieren und den Schutz für Kinder zu verbessern. Mit Hilfe von MARACs werden hochgradig gefährdete Opfer identifiziert. Gemeinsam wird, mittels eines Informations-Austauschs, ein Sicherheitsplan entwickelt. Kürzlich wurde die Rolle eines unabhängigen Beraters für Fälle häuslicher Gewalt (Independent Domestic Violence Advisor, IDVA) geschaffen. Diese Berater sind spezialisierte Sozialarbeiter, die in Hochrisiko-Fällen die Vertretung für die Opfer übernehmen. IDVAs sind normalerweise für 80 % der von MARACs vereinbarten Aktionen zuständig. Diana Barton hob hervor, dass IDVAs und andere Praktiker einfache und sichere Werkzeuge benötigen, um Opfer von Zwangsverheiratungen zu beraten und zu unterstützen.

### **Nazir Afzal - Crown Prosecution Service**

Nazir Afzal hielt ein Referat über die strafrechtliche Verfolgung von Gewaltdelikten, die im Namen der Ehre verübt wurden (Honour Based Violence, HBV). Zur Einführung in das Thema schilderte er einige in der Öffentlichkeit stark beachtete Mordfälle, die durch Ehre vorstellungen motiviert gewesen waren. Untersuchungen aus der jüngsten Zeit ergaben, dass sich 10 % der asiatischen Mitbürger fähig fühlen würden, einen Familienangehörigen im Namen der Ehre zu töten. Er führte aus, dass der Crown Prosecution Service mit Einfallsreichtum und mit Achtsamkeit für die Bedürfnisse der Opfer dazu beitragen könne, die Strafverfolgung für die Opfer erträglicher zu machen. So wurde kürzlich bei einem Strafprozess dem Opfer mit Hilfe einer Video-Übertragung zum Gerichtssaal erspart, den Angeklagten anblicken zu müssen. Darüber hinaus wurde eine weibliche Mittelsperson eingesetzt, Fragen an das Opfer zu richten. Außerdem wurde beantragt, dass die Verhandlung von einer Richterin geleitet werden möge. Die Teilnehmer erfuhren, dass noch mehr unternommen werden müsse, um Opfer von Gewalttaten, die im Namen der Ehre verübt wurden, zu unterstützen. Zum Beispiel Schulungen für Zeugen und Sachverständige sowie die Schaffung eines Online-Werkzeugs, das als ein

Kompetenzzentrum für die mit der Bekämpfung solcher Gewalttaten befassten Personen fungieren könnte.

### **Anne Marie Hutchinson - Dawson Cornwell Solicitors**

Anne Marie Hutchinson sprach über die Zivilgesetzgebung als Mittel zur Bekämpfung von Zwangsverheiratungen. Sie führte aus, dass die Zivilgesetzgebung zum Schutz und zur Prävention, zur Erleichterung bei der Repatriierung sowie auch zur Wiederherstellung (zum Beispiel von geltenden Verfügungen und Schutzmaßnahmen) eingesetzt werden könnte. Sie unterstrich, dass es wichtig sei, Drittparteien einzusetzen, um im Namen des Opfers Schutz zu beantragen. Die Teilnehmer lernten Beispiele aus dem britischen Fallrecht kennen und erfuhren über die rechtlichen Verfahren, die in Fällen von Zwangsverheiratungen eingehalten werden müssen.

### **Detective Inspector Brent Hyatt – Metropolitan Police (Londoner Polizei)**

DI Brent Hyatt gab einen Überblick über die Ermittlungen im Mordfall Heshu Jones. Er schilderte die Herausforderungen und Schwierigkeiten, mit denen die Polizei bei ihren Ermittlungen zu kämpfen hatte, und erläuterte, welche Lehren er persönlich aus dem Fall gezogen habe. Er betonte, dass es im Umgang mit Opfern von Zwangsverheiratungen belastbarer und eingehender Prozesse zur Risikoabschätzung bedürfe.

### **Helen Rawlins und Albert David – British High Commission, Islamabad**

Albert David gab einen Überblick über die Unterschiede bei der Motivation für Eheschließungen in Pakistan im Vergleich zu jenen im Vereinigten Königreich. In Pakistan besteht die Hauptmotivation für Eheschließungen darin, zwei Familien zusammenzubringen. Dies ist wichtiger als romantische Zuneigung. Die Ehe wird als ein Mittel zur Hebung des sozialen Rangs und zum Schmieden von Allianzen angesehen. Arrangierte Ehen sind eine sehr gebräuchliche Praxis, aber das Wissen um und das Bewusstsein für Zwangsverheiratungen nimmt zu. Helen Rawlins beschrieb die Aufklärungsarbeit, die von der High Commission in Pakistan unterstützt wurde. Diese umfasste Community Workshops, mobiles Theater, Vorträge, Plakate im öffentlichen Personenverkehr und Fernsehdebatten. Die Teilnehmern hörten auch Ausführungen über die Rolle der High Commission bei der Durchführung von Wohlfahrtsbesuchen, bei der Unterstützung von Rettungsoperationen und bei der Anbahnung von Repatriierungen.

## **WORKSHOPS: 1. TAG**

### **Workshop 1: Motivationen und Risikofaktoren**

Shahien Taj *Henna Foundation*

Philip Balmforth *West Yorkshire Police*

Die Teilnehmer dieses Workshops diskutierten über ein Vielzahl von Motivationen und Risikofaktoren. Eltern setzen Zwangsverheiratungen oft zum Kontrollieren ihrer Kinder ein, insbesondere um Verhaltensweisen zu unterdrücken, die in ihren Augen zu sehr verwestlicht sind (Rauchen, Trinken, sexuelle Promiskuität, Homosexualität). Weitere Motivationen für Zwangsverheiratungen sind: die Stützung von Ansprüchen auf Aufenthaltserlaubnis oder Einbürgerung sowie der Wunsch, Berufschancen für behinderte Familienmitglieder zu eröffnen. Zwischen zwei Familien können alte Vereinbarungen bestehen, die eingehalten werden müssen. Und in manchen Familien besteht die Überzeugung, dass die Abstammungslinie "rein" gehalten werden müsse.

Ein besonders hohes Risiko, Opfer einer Zwangsverheiratung zu werden, besteht für junge Männer und Frauen, wenn sie Geschwister haben, die zu einer Eheschließung gezwungen wurden, wenn ihr Partner als "unpassend" angesehen wird oder wenn sie schwul oder lesbisch sind. Besonders gefährdet sind auch Frauen, die von einem anderen Mann schwanger sind.

Die Teilnehmer erfuhren, dass die Opfer oft unter einem Vorwand auf eine Auslandsreise mitgenommen werden. In manchen Fällen geben die Eltern vor, dass ihr Sohn oder ihre Tochter die ursprüngliche Heimat der Familie kennenlernen soll. Oder sie behaupten, es

handle sich um einen Familienurlaub um einen alten oder kranken Verwandten zu besuchen, oder zum Zweck einer besseren Bildung.

Der Workshop behandelte außerdem einige der Faktoren, mit denen sich die Opfer auseinandersetzen müssen. Beispielsweise werden sie unter Druck gesetzt, weil die Familienehre gewahrt werden müsse, oder sie erleben einen Konflikt zwischen der Wahrung der Tradition und dem Wunsch sich zu integrieren (die "Turbulenzen der Modernität"), und sie verspüren Unsicherheit angesichts der widersprüchlichen Anforderungen einer auf Interdependenz beruhenden Familienstruktur und einer auf Unabhängigkeit (Independenz) gegründeten westlichen Kultur.

## **Workshop 2: Hindernisse bei der Partnerschaftsarbeit**

Detective Constable Yvonne Rhoden *Metropolitan Police (Londoner Polizei)*  
Rebecca Lythe *Islington Safeguarding Children Board*

Die Teilnehmer dieses Workshops arbeiteten anhand von zwei Fallstudien einige der Schwierigkeiten heraus, die bei der Zusammenarbeit mit einer großen Anzahl von institutionellen Partnern entstehen. An beiden behandelten Fällen waren viele Stellen beteiligt: soziale Dienste, Bildungsexperten, die Polizei und die Forced Marriage Unit.

Die Teilnehmer stimmten darin überein, dass das größte Hindernis für eine wirkungsvolle Partnerschaftsarbeit im fehlenden Bewusstsein und Verständnis für eine Reihe von Sachverhalten besteht, die mit schwarzen und minoritären ethnischen Gemeinschaften (Black and Minority Ethnic Communities, BME) zu tun haben. Es sei schwierig, Risikoabschätzungen durchzuführen, wenn es am Bewusstsein für diese Sachverhalte fehlt. Weitere Hindernisse, die eine wirkungsvolle Partnerschaftsarbeit erschweren, sind: Unterschiedliche Definitionen für Zwangsverheiratung und andere durch Ehrengestimmungen motivierte Straftaten, das Fehlen von Schulungen und Ressourcen sowie potenziell unterschiedlichen Vorgehensweisen auf lokaler und nationaler Ebene zur Bekämpfung des Problems.

Die deutschen Teilnehmer diskutierten über die Notwendigkeit eines interreligiösen Dialogs und die Notwendigkeit, sich mit dem Problem der Zwangsverheiratung im umfassenderen Kontext der Integration zu befassen. Es sei auch notwendig, das Thema Zwangsverheiratung in umfassendere Politikfelder, beispielsweise in die Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik, einzubetten. Zwischen Deutschland und anderen europäischen Ländern bestehe ein deutlicher Unterschied. Die ausgeprägte föderale Struktur Deutschlands bewirke, dass das Wissen über das Problem auf lokaler Ebene möglicherweise besser sei. Dies müsse aber ergänzt werden durch ein nationales Vorgehen zur Rettung und Repatriierung deutscher Staatsangehöriger aus dem Ausland.

## **WORKSHOPS: 2. TAG**

### **Workshop 1: Die Rolle des ehrenamtlichen Sektors**

Fazal Mahmood *Positive East*  
Hannana Siddiqui *Southall Black Sisters*

Zu Beginn dieses Workshops erfuhren die Teilnehmer über die Rolle des Dritten Sektors. Sie diskutierten über die Erfordernisse und Ziele des Dritten Sektors im Vergleich mit jenen der Zentralregierung. "Zusammenarbeit statt Wettbewerb" - diese übergreifende Philosophie wurde empfohlen. Aus dem Kreis der Teilnehmer wurde jedoch vorgebracht, dass ein Wettbewerb aufgrund der schwindenden finanziellen Unterstützung durch die Zentralregierung oft unvermeidbar sei. Diese Ansicht wurde während des gesamten Workshops immer wieder geäußert – nicht nur von britischer Seite, sondern von Teilnehmern aus allen Teilen Europas. Es wurde gesagt, dass dem gesamten ehrenamtlichen Sektor mehr Finanzmittel zur Verfügung gestellt werden müssen, auch und

ganz besonders den Stellen, die spezialisierte Unterstützung für Opfer aus schwarzen und anderen minoritären ethnische Gemeinschaften (BME) bieten.

Zu den wichtigsten Aufgaben des ehrenamtlichen Sektors gehört es, die Regierung zur Rechenschaft zu ziehen. Es ist aber auch wichtig, die Vorgehensweise der Regierung zu entwickeln. Die Teilnehmer erfuhren, wie es einer Organisation gelang, eine Regierung durch erfolgreiche Lobbyarbeit dazu zu bewegen, in stärkerem Maße interventionistisch gegen die Zwangsverheiratung vorzugehen.

Teilnehmer aus Schweden beschrieben eine Situation, in der sie sich unter Druck gesetzt fühlten, mit der Kommunalverwaltung zu fusionieren, um ihre Existenz zu sichern. Sie wurden von anderen Teilnehmern gedrängt, ihre Unabhängigkeit zu wahren und Möglichkeiten des Zusammengehens mit anderen Organisationen auszuloten. Niederländische Teilnehmer vertraten die Ansicht, dass Organisationen des ehrenamtlichen Sektors in den Niederlanden nicht miteinander kooperieren und dass weltanschauliche Unterschiede für die fehlende Kooperation verantwortlich seien.

## **Workshop 2: Die Bedürfnisse von Überlebenden**

Imran Rehman *Karma Nirvana*

Shaminder Ubhi *The Ashiana Project*

Von Therapeuten (Facilitators) erfuhren die Teilnehmer, dass die Opfer in manchen Fällen unter Schuldgefühlen, Isolation, Depressionen und geringem Selbstwertgefühl leiden. Personen, die einer Zwangsheirat entkommen sind, finden es häufig schwierig, enge Beziehungen einzugehen und manövrieren sich möglicherweise absichtlich in 'riskante' Situationen. Wut und Frustration können sich in verschiedenen Formen der Selbstschädigung äußern wie zum Beispiel Ritzen, Überdosierung, Essstörungen oder Substanzmissbrauch.

Die Unterstützung für Überlebende von Zwangsverheiratungen muss so robust sein, dass es möglich ist, diese Gefühle und Verhaltensweisen anzugehen. Vertraulicher Rat muss gegeben und kulturspezifische Unterstützung bereitgestellt werden. Unvoreingenommene Mitarbeiter in einer sicheren, unterstützenden Umgebung sind von entscheidender Bedeutung. Aber auch praktische Unterstützung ist wichtig, wie zum Beispiel Hilfe bei der Beantragung von Sozialleistungen, Registrierung bei einem Allgemeinarzt, Weiterbildung, Anträge auf Vermittlung von Wohnraum, Zugang zu Beschäftigungsmöglichkeiten, Meldung bei der Polizei etc.

Angesichts der Tatsache, dass es im Vereinigten Königreich nur einen einzigen männlichen Sozialarbeiter zur Unterstützung von Zwangsverheiratungs-Opfern gibt, stand außer Zweifel, dass mehr Angebote für Männer benötigt werden (allerdings muss dies stets mit der notwendigen Hilfe für weibliche Opfer ausbalanciert werden, da diese die Mehrheit der Fälle stellen).

Mit Blick auf langfristige Perspektiven diskutierten die Teilnehmer kurz über die Notwendigkeit, Überlebende zu haben, die stark und selbstbewusst genug sind, sich öffentlich gegen die Zwangsverheiratung zu äußern und in der Lage sind, ihre Erfahrungen zu nutzen, um Kontakt sowohl zur breiten Öffentlichkeit als auch zu Opfern und potenziellen Opfern herzustellen. Dafür ist sehr viel mehr Unterstützung und Ermutigung erforderlich, sowie auch ein belastbarer Schutz vor potenziell feindseligen Reaktionen.

## **Schlussfolgerungen**

Es ist offensichtlich, dass sich die Mitgliedsstaaten der EU bei der Entwicklung von umfassenden Ansätzen zur Bekämpfung der Zwangsverheiratung in sehr unterschiedlichen Stadien befinden. Einige Länder haben ein gut entwickeltes polizeiliches Vorgehen, andere haben engagierte Wissenschaftler, die das Problem aus einer theoretischen Perspektive beleuchten, und wiederum andere haben einen lautstarken und tatkräftigen ehrenamtlichen Sektor, der Zufluchtsmöglichkeiten für Opfer anbietet. Doch erst sehr wenige Länder haben angefangen, alle Akteure unter dem Dach der nationalen Regierung zusammenzubringen.

Die Teilnehmer betonten, dass die europäischen Länder unterschiedliche minoritäre ethnische Gemeinschaften (BME) haben: Türken in Deutschland, zum Beispiel, und Marokkaner in den Niederlanden. Dies bedeutet, dass es möglicherweise unterschiedlicher Methoden bedarf, um die jeweiligen betroffenen Gemeinschaften zu erreichen.

Zum Abschluss der Tagung wurden verschiedene Felder für weitere Aktivitäten herausgestellt. Erstens wurden die europäischen Kollegen gedrängt, die bestehenden "Best Practices" anzuwenden, um ihre nationalen Regierungen dazu zu bringen, Strategien zur Bekämpfung der Zwangsverheiratung zu entwickeln. Die FMU erklärte sich bereit, auf Regierungsebene aktiv zu werden, falls dies für sinnvoll gehalten wird. Darüber hinaus stehe die FMU als Quelle von Informationen und für informelle Beratungen zur Verfügung. Alle Teilnehmer wurden ermuntert, sich das Know-how der FMU zunutze zu machen. Die Teilnehmer aus den anderen europäischen Ländern wurden aufgefordert, beherzt zu sein. Sie sollten nicht davor zurückschrecken, schwierige Botschaften zu verbreiten. Wer auf diesem Gebiet tätig ist, wird oft auf Widerstand stoßen. Deshalb ist es wichtig, unmissverständlich klarzumachen, warum man tut, was man tut.

Auch an die FMU wurden Empfehlungen gerichtet. Es wurde eine sehr viel engere Verzahnung mit MARACs empfohlen, und es wurden bereits Schritte unternommen, um dies voranzubringen. Eine weitergehende Arbeit mit Kollegen im Bildungssektor (zum Beispiel Lehrer, Schulleiter, örtliche Schulbehörden) wurde ebenfalls als ein Schlüsselziel herausgestellt.